

Menschenrechte vor Profite: Sechs Parteien unterstützen verbindliche Regeln für Unternehmen

Legende: stark unterstützend unterstützend nicht eindeutig positioniert

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	NEOS	GRÜNE	KPÖ
Wie stehen Sie zum derzeit in Verhandlung befindlichen völkerrechtlich bindenden UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechte (TNC-Treaty)?	Prozess als Chance gesehen, ein Instrumentarium zu erarbeiten, das Unternehmen endlich völkerrechtlich verbindlich verpflichtet, bei deren Aktivitäten im Ausland Menschenrechte zu achten.	Elemente-Vorschlag für das Abkommen abwarten und Abstimmung mit EU-Partnern. Auf Konsens aufbauenden Zugang zum Bereich Wirtschaft und Menschenrechte	Auf UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechte wurde nicht konkret eingegangen.	Handlungsrahmen von transnationalen Unternehmen und die Verantwortung der Staatenwelt zu den Auswirkungen privater Wirtschaftsunternehmen ist zu klären.	Unhaltbaren Zuständen durch ein verbindliches, umfassendes und entsprechend konkretes Abkommen zur Regulierung transnationaler Konzerne gegensteuern.	Begrüßt Prozess für ein verbindliches UN-Abkommen zur Regulierung von Wirtschaftsaktivitäten, das MR-verletzungen über die gesamte Wertschöpfungskette verfolgbar macht & Mindeststandards setzt.
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die künftige Bundesregierung und die Europäische Union die Erarbeitung eines solchen Abkommens auf UN-Ebene unterstützt? Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen soll eine künftige Bundesregierung diesbezüglich ergreifen?	Derzeit sind VertreterInnen der EU am Prozess beteiligt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich diese auch aktiv im positiven Sinne in den Prozess einbringen.	Elemente-Vorschlag für das Abkommen abwarten und Abstimmung mit EU-Partnern. Auf Konsens aufbauenden Zugang zum Bereich Wirtschaft und Menschenrechte	Auf UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechte wurde nicht konkret eingegangen.	Sich auf EU-Ebene konstruktiv für vernünftige, klare Bestimmungen einsetzen und in der Folge mit einer starken EU-Position in die Gespräche auf UN-Ebene gehen.	Es reicht aber nicht, nur mit am Tisch zu setzen: Österreich muss hier eine Vorreiterrolle einnehmen und sich für ein umfassendes Vertragswerk, das bei Zuwiderhandeln handfeste Sanktionen vorsieht, einsetzen.	Die Bundesreg. soll an Arbeitsgruppe aktiv teilnehmen & ein ambitioniertes Abkommen aktiv unterstützen. Zu besseren finanziellen und personellen Ausstattung der Arbeitsgr. beitragen; sich f. Unterstützung durch EU & ihre Mitgliedst. einsetzen.
Werden Sie sich für die nationale Implementierung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte einsetzen? Wenn ja, auf welche Weise?	Nationalen Aktionsplan (NAP) zu Wirtschaft und Menschenrechten in der kommenden Legislaturperiode in inklusivem Prozess erarbeiten; Von NAP Menschenrechte trennen.	Umsetzung der Leitprinzipien für Wirtschaft & Menschenrechte via OECD-Leitsätze, der Nationale Kontaktpunkt zu den OECD-Leitsätzen soll Unternehmen dbzgl. weiterhin unterstützen.	Die Bedeutung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte werden allgemein unterstrichen.	Für einen nationalen Aktionsplan (NAP) zu Wirtschaft und Menschenrechten. Soll auf einer Lückenanalyse der bisherigen Umsetzung aufbauen.	Die der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sollen Eingang in Gesetze finden, damit sie verbindlich umgesetzt werden.	Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte müssen auf nationaler Ebene konkret und umfassend umgesetzt werden und verbindlich sein
Wie stehen Sie zu gesetzlich verbindlichen menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten für österreichische Unternehmen bei deren Auslandsaktivitäten und in deren Lieferketten?	Unternehmen sollen dazu verpflichtet werden, ihre Lieferketten gründlich zu prüfen, auf Kinder- und Zwangsarbeit zu verzichten und faire und gerechte Bezahlung der ArbeitnehmerInnen sicherzustellen.	Es ist abzuwiegen, in welchen Bereichen verpflichtende Regelungen notwendig und sinnvoll sind. Es braucht einheitliche internationale Regelungen, müssen klar formuliert sein und für Unternehmen erfüllbar sein.	Verantwortungsvoller Umgang und Sorgfalt insbesondere in Zusammenhang mit der Einhaltung von Arbeitnehmerrechten und im Bereich Umwelt oder Gesundheit muss selbstverständlich sein.	Halten verbindliche Regeln für globale Wertschöpfungsketten für wichtig. Diese sollten für verantwortungsbewusste Unternehmen verständlich und leicht anwendbar sein.	Bereits auf europäischer sowie auf nationaler Ebene verbindliche Sorgfaltspflichten in der gesamten Lieferkette für europäische und österreichische Unternehmen eingefordert. EU-weite Regeln sind zu schaffen	Verbindliche Sorgfaltspflichten von Unternehmen politisch und rechtlich auszugestalten, um z. B. Haftungsfragen zu klären & Betroffenen von MR-verletzungen die Mögl. zu geben, ihre Rechte einzufordern.
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass internationale Menschenrechtsabkommen und verpflichtungen Vorrang gegenüber anderen Abkommen insbesondere Handels- und Investitionsabkommen eingeräumt wird?	Freihandels- und Investitionsabkommen, die Österreich auf bilateraler Ebene und auf Ebene der EU abschließt, so zu gestalten, dass soziale und ökologische Mindeststandards eingehalten werden müssen.	Menschenrechtliche Aspekte werden schon jetzt in den Verhandlungen zu EU Freihandels- & Investitionsabk. berücksichtigt. Wichtig ist die konsequente Einhaltung dbzgl. Verpflichtungen durch alle Vertragsparteien.	Auf Handels- und Investitionsabkommen wurde nicht eingegangen	Unterstützen Aufnahme von Menschenrechtsklauseln in Handels- und Investitionsabkommen.	Langjähriger Einsatz für Vorrang internationaler Menschenrechte gegenüber Wirtschaftsabkommen	Menschenrechte gehen vor Profit und sollen Vorrang haben; wo Handelsabkommen bereits rechtlich wirksam sind, muss ein UN-Abkommen rechtlichen Vorrang bekommen

Gesamtbewertung

